

Zahnärzte fordern eine Reform:
Die Approbationsordnung dem medizinischen Fortschritt anpassen 2

DAZ fordert zur Zusammenarbeit auf:
Bema fristgerecht und zügig neu strukturieren 3

Schwierige Umsetzung:
Neues RSA-Konzept präsentiert 5

US-Präsidentschaftskandidaten wollen Gesundheitssystem reformieren:
Viele Pläne und wenig Konkretes 6

Zahnmedizin

Restauration traumatischer Zahnverletzungen im Wechselgebiss:
Beschleifen vitaler Zähne kontraindiziert 9

Dr. Jörg Gustmann über PRP (4):
Klinisch auch in komplizierten Fällen mit gutem Erfolg einzusetzen 14

Praxis aktuell

Von der „Kürzel-“ zur „Mehrwert-Praxis“ (4):
Wenn der Eingangsbefund 01 heißt 13

Neue Gerichtsentscheidungen (Teil 2):
Der Patient muss darauf vertrauen können, informiert zu werden 18

Leserforum 20

Schöne Zähne

- Multiple Materialien
- Galvanotechnik
- Luxene/Azetalkunststoffe
- Targis Vectris
- Lasertechnik
- Funkenerosion
- Empress
- Kunststoffprothetik nach Mahnke
- Implantat-Kompetenz
- Schnarchtherapiegeräte

RO-DENT
Rostocker Dentallabor GmbH

18055 Rostock 18273 Güstrow
Wielandstraße Langendammischer Weg 2
Tel. 0381 / 492190 Tel. 03843 / 72180

vermeidbar gewesen

Um 127 Millionen DM sind die ZE-Budgets bei den bayerischen Regional- und Ersatzkassen im vergangenen Jahr unterschritten worden. Zugleich wurden die Gesamtvergütungsobergrenzen bei Kons.-chir.-Behandlungen um 28,5 Millionen DM überschritten.

Diese Zahlen bestätigte die bayerische Sozialministerin Barbara Stamm in einem Schreiben an den Präsidenten der Bayerischen Landeszahnärztekammer, Dr. Dr. Joseph Kastenbauer, der auf dieses Problem bereits im Januar 2000 aufmerksam gemacht hatte.

Stamm: „Auch ich halte die im vergangenen Jahr von der KZVB propagierten Rationierungsmaßnahmen (Festlegung sog. Budget-Tage), zumal dann, wenn dadurch einzelnen Versicherten tatsächlich eine Behandlung vorenthalten wurde, für fragwürdig.“

Das Schreiben bestätigt auch den in Bayern verschiedentlich geäußerten Vorwurf, die Budgetzahlen seien zu lange nicht offen gelegt worden. So schreibt Stamm: „Leider wurden die Daten zur Gesamtvergütungssituation mei-

nem Haus erst vor kurzem von der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) übermittelt.“

Dr. Dr. Kastenbauer hatte dem Gesundheitsministerium vorgeschlagen, einen Budgetausgleich für das Jahr 1999 herbeizuführen. Dazu hatte Frau Stamm ihre Vermittlungsdienste angeboten. Sie schreibt nun dazu: „Die vorstehenden Zahlen belegen aber auch, dass letztlich auf die Budgetierungspolitik der Bundesregierung zurückzuführende Maßnahmen hätten vermieden werden können, wenn die Krankenkassen unserem Vorschlag nach einem Ausgleich der Budgets gefolgt wären.“ Folge der Budget-Politik in Bayern war zuletzt das Absenken des ZE-Budgets per Schiedsamt von 273 auf 243,5 Millionen DM für das Jahr 2000.

Dr. Dr. Oliver von Elmreich, Vorstand der Bundeszahnärztlichen Vereinigung, befragte zur Zahnärztlichen bei plattform.de:

Nicht mehr Kenntnisse bei Internet-Nutzern

Der ungenügende Informationsgrad der Patienten ist bekanntermaßen ein grundsätzliches Problem in der oralen Implantologie. Die Kenntnis der Patientensichtweise generiert hier die für eine Etablierung der Implantologie in der zahnmedizinischen Praxis notwendigen Handlungskonsequenzen. In diesem Zusammenhang bietet die moderne Marktforschung mit dem systematischen Einsatz wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden verschiedene Instrumente des objektiven Informationsgewinns.

Eine primäre Internet-Erhebung in Deutschland, die in Form einer E-Mail-Befragung im Bereich der oralen Implantologie erstmalig durchgeführt wurde, sollte tendenziell folgende Fra-

(Fortsetzung auf Seite 4)

leichten Beschwerden viele durchaus akzept

Das Programm von Vertrags- und Wahlleistungen, also einer Grundsicherung im GKV-System, und darüber hinausgehende Leistungen mit Zuschüssen ist in der breiten Bevölkerung nur dann durchsetzbar, wenn dafür geworben wird, und – so sieht es heute aus – ein breiter GKV-Leistungskatalog auch in der Zahnmedizin erhalten wird. Ergebnisse einer repräsentativen Meinungsbefragung im Auftrag des Bundesfachverbands der Arzneimittel-Hersteller (BAH) bestätigen dies.

Denn fast zwei Drittel der Bürger wollen keine Kostendämpfung durch Leistungskürzungen. Auch höhere Beitragssätze in der GKV oder die Einschränkung teurer, aber notwendiger medizinischer Leistungen stoßen auf überwältigende Ablehnung.

Jeder Zweite für mehr Eigenverantwortung

Die Versicherten sind andererseits aber durchaus bereit, bei leichten Erkrankungen auch finanziell mehr Verantwortung zu tragen und mehr Selbstmedikation zu betreiben als bisher.

Ein Blick auf die Umfrage-Ergebnisse im Einzelnen:

- Mehr als 60 Prozent lehnen es „voll ab, das Kostenproblem

im Gesundheitswesen durch Einschränkung von Leistungen zu lösen“, nur reichlich 12 Prozent äußern „volle Zustimmung“ zu Leistungskürzungen.

• Voll zugestimmt haben knapp zwei Drittel der Auffassung, „dass sich die momentane Entwicklung zu einer Zweiklassen-Medizin ohne neue grundlegende Reformen des Gesundheitswesens in Zukunft noch verstärken wird“. Rund 12 Prozent lehnen diese These völlig ab.

• „Stimmen Sie zu, dass Sie als Patient mehr Eigenverantwortung im Gesundheitssystem haben sollten?“ – Fast 46 Prozent der Befragten stimmen voll zu, knapp 18 Prozent meinen „Nein“.

Lesen Sie in der neuen Ausgabe des



- Neue Möglichkeiten der prothetischen Versorgung
- Zur Sache: Implantologie – alltäglich und doch ausgezeichnet
- Die Konsensuskonferenz – ein hoffnungsvoller Anfang/Wege zur Zertifizierung
- Vom Teamapproach zum Teameffort – Mit einem Teamkonzept für den Patienten mehr erreichen
- Sofortimplantation nach Wurzelrestentfernung

9. INTERNATIONALES FRIADENT SYMPOSIUM

Sofortbelastung ein Wechsel



Tel. 0 62

http://w

Zs-A
4629/X

ZB MED